

zialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Klüftung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 22. Juli 1932.

Hunger und Mord.

In: Institut
Soz. Geschichte
Amsteldam

Der Weg des Dritten Reichs: Ganz Deutschland ein Zuchthaus.

SPD. Mit der Regierung der Nazibarone ist dem deutschen Volke und der deutschen Nation ein Weg aufgedrängt worden, von dem wir wissen, wie er begonnen hat, von dem wir aber noch nicht wissen, wie er enden wird. Notverordnungen und Notverordnungsjacken; weniger Brot und vermehrte Arbeitslosigkeit; vermindertes Recht und verminderte Freiheit; Ausnahmezustand, Ende des verfassungsmässigen Volksstaates, Ende der politischen und sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse: Judas Hitler hat es verlangt, von Papen hat es gewährt, und unter dem frenetischen Jubel der Naziführer und der SA-Banden wird jede einzelne dieser Taten vollzogen! Hakenkreuz = Papenkreuz = Hungerkreuz!

Noch sind Hitler und seine Kumpane nicht selbst die ausübenden Organe der Macht. Vorläufig erteilen sie nur Befehle an ihre Vollzugsmänner in den Sesseln und an den Schreibtischen der Wilhelmstrasse. Noch halten die politischen Strauchdiebe und Raubritter hinterm Busch. Aber soviel Masken und Posen dieser moderne Judas Hitler auch getragen haben mag, die letzte hatte er noch nicht gezeigt. Dass wir sie jetzt sehen, diese letzte und wahre Fratze, verdanken wir nicht ihm, sondern dem Zufall. Kein Kosakenführer im ehemaligen zaristischen Russland hat je die Peitsche derart über arme hilflose Gefangene geknallt, wie es dieser Hitler und seine Horden für das Dritte Reich für die deutsche Arbeiterklasse und für das deutsche Volk planen und ankündigen. Keine Zuchthausverordnung von Horthy, von Mussolini und allen Höllen der heutigen Inseln der Verbannten kann so gesättigt sein von Barbarei, Schrecken und Hunger, so bar jeder Menschenwürde und jeder Menschlichkeit, wie jener Zuchthausstaat des Dritten Reiches, dessen Paragraphen und Verordnungen wir an Hand eines streng geheimen Dokumentes der Berliner Nazi-Partei inzwischen veröffentlicht haben. Sie übertreffen in ihrer Brutalität selbst das Boxheimer Blut-Dokument.

Hier nochmals der Weg des Hungers und Mordes: Löhne des Jahres 1900! Den Arbeitslosen täglich 60 Pfennig Unterstützung einschliesslich Frau und Kindern. Juden, Frauen und Jugend unter 18 Jahren erhalten nichts! Jugend über 18 Jahren wandert in das militärische Arbeitshaus! Verbot der Gewerkschaften und Ende des Arbeitsrechtes. Ende jeder persönlichen Freiheit, Ende der Arbeiterbewegung, Sammellager für "Arbeitsunwillige" und politische Gegner, mit Kriegsgefangenenkost, Kriegsgefangenenbehandlung und Strafkompagnien: ganz Deutschland ein Zuchthaus, die deutschen Arbeiter und Angestellten ein Sklavenheer, die Jugend ein Bataillon misshandelter und ausgebeuteter Rekruten, Braune Häuser die Regierungsgebäude, SA-Stäbe ihre Insassen: Das ist das Dritte Reich und so ist der Plan fix und fertig. Worüber die Herren, nach dem von uns veröffentlichten Schriftwechsel streiten, das ist lediglich, wie diese Paragraphen am zweckmässigsten zurecht gestutzt werden müssen.

zialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 22. Juli 1932.

Hunger und Mord.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amst. d. d. d.

Der Weg des Dritten Reichs: Ganz Deutschland ein Zuchthaus.

SPD. Mit der Regierung der Nazibarone ist dem deutschen Volke und der deutschen Nation ein Weg aufgedrängt worden, von dem wir wissen, wie er begonnen hat, von dem wir aber noch nicht wissen, wie er enden wird. Notverordnungen und Notverordnungsjacken; weniger Brot und vermehrte Arbeitslosigkeit; vermindertes Recht und verminderte Freiheit; Ausnahmezustand, Ende des verfassungsmässigen Volksstaates, Ende der politischen und sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse: Judas Hitler hat es verlangt, von Papen hat es gewährt, und unter dem frenetischen Jubel der Naziführer und der SA-Banden wird jede einzelne dieser Taten vollzogen! Hakenkreuz = Papenkreuz = Hungerkreuz!

Noch sind Hitler und seine Kumpane nicht selbst die ausübenden Organe der Macht. Vorläufig erteilen sie nur Befehle an ihre Vollzugsmänner in den Sesseln und an den Schreibtischen der Wilhelmstrasse. Noch halten die politischen Strauchdiebe und Raubritter hinterm Busch. Aber soviel Masken und Posen dieser moderne Judas Hitler auch getragen haben mag, die letzte hatte er noch nicht gezeigt. Dass wir sie jetzt sehen, diese letzte und wahre Fratze, verdanken wir nicht ihm, sondern dem Zufall. Kein Kosakenführer im ehemaligen zaristischen Russland hat je die Peitsche derart über arme hilflose Gefangene geknallt, wie es dieser Hitler und seine Horden für das Dritte Reich für die deutsche Arbeiterklasse und für das deutsche Volk planen und ankündigen. Keine Zuchthausverordnung von Horthy, von Mussolini und allen Höllen der heutigen Inseln der Verbannten kann so gesättigt sein von Barbarei, Schrecken und Hunger, so bar jeder Menschenwürde und jeder Menschlichkeit, wie jener Zuchthausstaat des Dritten Reiches, dessen Paragraphen und Verordnungen wir an Hand eines streng geheimen Dokumentes der Berliner Nazi-Partei inzwischen veröffentlicht haben. Sie übertreffen in ihrer Brutalität selbst das Boxheimer Blut-Dokument.

Hier nochmals der Weg des Hungers und Mordes: Löhne des Jahres 1900! Den Arbeitslosen täglich 60 Pfennig Unterstützung einschliesslich Frau und Kindern. Juden, Frauen und Jugend unter 18 Jahren erhalten nichts! Jugend über 18 Jahren wandert in das militärische Arbeitshaus! Verbot der Gewerkschaften und Ende des Arbeitsrechtes. Ende jeder persönlichen Freiheit, Ende der Arbeiterbewegung, Sammellager für "Arbeitsunwillige" und politische Gegner, mit Kriegsgefangenenkost, Kriegsgefangenenbehandlung und Strafkompagnien: ganz Deutschland ein Zuchthaus, die deutschen Arbeiter und Angestellten ein Sklavenheer, die Jugend ein Bataillon misshandelter und ausgebeuteter Rekruten, Braune Häuser die Regierungsgebäude, SA-Stäbe ihre Insassen: Das ist das Dritte Reich und so ist der plan fix und fertig. Worüber die Herren, nach dem von uns veröffentlichten Schriftwechsel streiten, das ist lediglich, wie diese Paragraphen am zweckmässigsten zurecht gestutzt werden müssen.

Gen wir nicht die Tatsachen und Ereignisse der vergangenen Woche
ns, vielleicht gäbe es Menschen, die an der Echtheit der veröffent-
Dokumente zweifeln könnten. Aber die Sprache der letzten Tage ist zu
d wahr, als dass noch irgend eine Illusion möglich wäre. Der Terror
der Ausnahmezustand ist da, die Renten Kürzungen, der Hunger der Ar-
losen, die neuen Tressen der SA, das Ende der Demokratie, die Diktatur
des Belagerungszustandes, alles ist da, alles ist allzuwahr, und zu wahr
sind die hunderte von frischen Gräbern des SA-Mordes und des Bürgerkrieges
und die Tränen, geweint von den Witwen und Waisen unserer gemordeten Söhne,
Väter und Brüder!

Die Toten beklagen wir, aber die Lebenden mahnen wir! Gezählt und
gewogen wird zum letztenmal am 31. Juli. An diesem Tage entscheidet sich
wahrlich das Geschick der Arbeiterklasse. An diesem Tage entscheidet sich,
ob unsere Brüder umsonst gefallen oder ob sie weiterleben, in uns selbst und
in der deutschen Arbeiterbewegung. An diesem Tage entscheidet sich ob wir
Spreu sind oder Weizen, ob wir Hammer sein wollen oder Ambos, freie deutsche
Menschen oder rechtlose, hungernde Sklaven.

Im Namen unsrer Toten, im Namen der Freiheit: Vorwärts und durch!

SPD. München, 22. Juli (Eig. Drahtb)

Die Tatsache, dass Bayern vom Standpunkt des Rechts und der Verfassung
aus gegen die Reichsexekutive in Preussen Rechtsverwahrung einlegte, hat die
sogenannte nationale Opposition zu einer schamlosen die Wahrheit völlig ent-
stellten Hetze veranlasst. Demgegenüber stellt Ministerpräsident Held neuer-
dings fest, dass es sich bei dem bayerischen Schritt einzig und allein um die
Wahrung der Länderrechte handelt in der Erkenntnis, dass die Einsetzung des
Reichskommissars in Preussen und die Absetzung der bisherigen Minister für
alle Länder eine überaus bedrohliche Situation schaffe. Wenn diese Massnah-
men der Regierung Papen nicht bald wieder abgebaut würden, komme es zu einer
irreparablen Katastrophe in Reich und Ländern.

Staatsrat Schäffer, der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, schreibt
zu der gleichen Frage in einem Artikel in der Bayerischen Volkspartei-Korre-
spondenz: "Nach wohl begründeter bayerischer Auffassung hat sich die Einsetzung
eines Reichskommissars in Preussen unter Umständen vollzogen, die eine Gefähr-
dung der verfassungsmässigen staatlichen Rechte Preussens und damit der Verfas-
sungsgrundlage des Reichs überhaupt bedeuten. Das Interesse Bayerns an dem
preussischen Fall beginnt da, wo der preussische Staat als Gliedstaat des deut-
schen Reiches in Mitleidenschaft gezogen ist, Hier beginnt aber auch die
Pflicht Bayerns, sich um die Dinge zu kümmern; denn es kann Bayern nicht gleich-
gültig sein, wie sich die Ereignisse, die Reichspräsident und Reichsregierung
geschaffen haben, und die offensichtlich doch nur ein Anfang darstellen, auf
das ganze zukünftige Verhältnis zwischen Reich und dem preussischen Staat aus-
wirken werden. Die bayerische Regierung würde sich eines Verbrechens am Staate
Bayern schuldig machen, wenn sie sich an den Vorkommnissen im Norden als desinteres-
siert erklären würde. Der bayerische Protest will der Gefahr entgegentreten,
die sich aus dem fortschreitenden Missbrauch des Artikels 48 der Reichsver-
fassung ergibt. Wenn man so weiter macht, kann man jede Erschütterung der ver-
fassungsmässigen Grundlage der in der Reichsverfassung verbürgten Länderrechte
herbeiführen. Die Länder werden auf diese Weise einem rechtslosen Zustand
ausgeliefert. Verfassungsbruch, Staatsstreich, Revolution, Gewaltmethoden
bringen uns nicht das ersehnte neue Deutschland. Sie führen zum Untergang
und zum Chaos."

Inzwischen unterbreitet das Grossmaul Rosenberg im "Völkischen Beobach-
ter" der Junkerregierung neue Forderungen, die sie "Schlag auf Schlag" durch-

isse. U.a. wird verlangt, dass der Ministerialdirektor Klausner im
chen Innenministerium, ein Zentrumsman, sofort davongejagt wird.

Severing giesst er ganze Schmutzkübel glühenden Hasses aus und schreibt

Beschluss: "Severing wird nicht wenig Schicksalsgenossen haben, wenn er
seinen Weg in eine mehr als ungewisse Zukunft antritt. Ein Rattenschwanz
von Strafprozessen wird bald den Schleier von Dingen wegziehen, die unter
seiner Duldung, ja, auf seine Veranlassung geschehen sind. Die Verhängung der
Untersuchungshaft über diesen Hauptschuldigen kann daher nur noch eine Frage
von Tagen sein. Die grosse Abrechnung aber kommt erst noch. Sie wird das
Sprichwort zuschanden machen, dass man die Grossen laufen lässt. Wir werden
sie genau so hängen wie die Myriaden der Kleinen, die von der Korruption des
Systems zehrten."

SPD. Ein Teil der bürgerlichen Presse orakelte über Misstimmigkeiten
innerhalb der Führung der Sozialdemokratischen Partei. Gegenüber diesen
irreführenden Zweckmeldungen ist festzustellen, dass die in den letzten Tagen
veröffentlichten Beschlüsse der führenden Parteinstanzen in voller Einigkeit
und Einmütigkeit gefasst wurden. Der am Freitag von uns veröffentlichte Partei-
beschluss wurde zunächst vom Parteivorstand einmütig genehmigt, dann vom Par-
teiausschuss nach einem Referat von Otto Wels ohne Debatte einstimmig angenom-
men, worauf auch der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des Preussi-
schen Landtags ebenso einstimmig seinen Beitritt zu dem Beschluss erklärte.

SPD. Paris, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in Frankreich wieder zu. Nach der am
16. Juli abgeschlossenen Statistik beträgt die Zahl der behördlicherseits
unterstützten Arbeitslosen 263 688 (205 149 Männer und 58 539 Frauen) gegen
261 922 in der Vorwoche. Um dieselbe Zeit des Vorjahres belief sich die Zahl
der Arbeitslosen auf 35 643.

SPD. Die schlesische Stadt Waldenburg besitzt einen sozialdemokratischen
Polizeipräsidenten, auf dessen gewaltsame Amtsenthebung die Nazi sehnsüchtig
warten. Am Donnerstag-Abend brachte auch ihm der Postbote ein Staatstelegramm
aus Berlin. In ihm verfügte aber der Herr "Reichskommissar" nicht seine Abset-
zung, sondern besondere Sicherheitsmassnahmen für das Leben und die Gesundheit
Adolf Hitlers, der am Freitag in Waldenburg eine Rede hielt. Hitler unter
dem polizeilichen Schutz eines vaterlandslosen Gesellen. Ein Bild für Götter.

Und warum die eilige Mahnung aus Berlin? Weil Hitler Angst hat vor dem
ihm gemeldeten starken Unwillen der Waldenburger Arbeitslosen gegen den Ober-
osaf und seine braunen Horden ob ihres Arbeiterrates!

SPD. Paris, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Die südslawische Regierung hat am Freitag der französischen Regierung
offiziell mitgeteilt, dass sie dem französisch-englischen Vertrauensabkommen
vom 13. Juli beitrete.

SPD. Stuttgart, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Protestbrief der württembergischen Regierung an den Reichspräsidenten
genden Wortlaut :

Die Notverordnung über die Einsetzung eines Reichskommissars für das Preussen ist von grösster Tragweite für alle Länder, da deren Selbständigkeit die Grundlage des deutschen Verfassungslebens bildet. Da der Streit darüber, ob die Notverordnung in dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage hat, nach Artikel 19 der Reichsverfassung von dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches entschieden wird, so kann die württembergische Staatsregierung davon absehen, die von anderen Ländern bereits geltend gemachten und von ihr geteilten verfassungsrechtlichen Bedenken zu wiederholen; sie kann sich darauf beschränken, ihre politische Besorgnis auszusprechen. Unsere Besorgnis gilt der Auswirkung der Massregeln in der Zukunft. Sie schaffen einen Vorgang, der auch die übrigen Länder der Gefahr ähnlicher Eingriffe in ihre verfassungsmässigen Rechte aussetzt. Gerade in Württemberg, wo das Eigenleben des Staates mit Zähigkeit verteidigt wird, würde eine solche Entwicklung besonders schwer getragen werden. "

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands !

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,
neue Gefahren abwehren,
die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen
Stellungen

zurückgewinnen,
dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmässige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand und Bundesausschuss
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

SPD. Genf, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Die 28. Vollversammlung der Parlamentarischen Union war am Freitag der Schauplatz eines ungeheuer heftigen Zwischenfalles. Wie in der Abrüstungskonferenz, so gebrauchten die italienischen Delegierten auf Weisung von Rom auch in der Konferenz der Parlamentarischen Union ständig in herausfordernder

jeder Gelegenheit die Bezeichnung "faschistisch" für alle Meinungen und Anträge ihrer Delegationen. Als am Freitag auch der Abgeordnete bei einer Rede über die Kodifizierung des internationalen Rechts vom faschistischen Rechtsbegriff sprach, rief ihm der Sozialist Reinaudel-Frankreich zu: "Ihr führt das Recht nur im Munde. Wo keine Freiheit und keine Kontrolle durch die öffentliche Meinung möglich sind, gibt es kein Recht." Darauf heulten die faschistischen Delegierten und schrieten auf Renaudel ein. Dieser antwortete laut: "Nieder mit den Faschisten, den Mördern Matteottis." Der Tumult wurde allgemein, die Faschisten schrieten: "Nieder mit Frankreich, das die sozialistischen Mörder schützt." Grumbach-Frankreich bestritt den Faschisten jedes Recht, an einer Konferenz von Parlamentariern teilzunehmen, da sie ja kein gewähltes Parlament hätten sondern ernannte Kreaturen seien.

Reinaudel weigerte sich energisch, auch nur ein Wort seiner Äusserungen zurückzunehmen. Der Präsident musste die Sitzung schliesslich unterbrechen. Die Erregung übertrug sich auf die im Nebensaal tagende Generalkommission der Abrüstungskonferenz, aus der die italienischen Delegierten mit Minister Balbo hinzueilten, ebenso die Franzosen.

SPD. Der Gross-Berliner Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat für die Zeit vom 21. Juli bis auf weiteres mit Rücksicht auf die äusserst gespannte politische Situation eine Aufnahmesperre beschlossen. Es werden bis auf weiteres nur noch Mitglieder aufgenommen, die der Partei von Parteifreunden zugeführt werden.

Der Beschluss soll verhindern, dass politische Spitzel und Provokateure Eingang in die Sozialdemokratische Partei finden.

SPD. Hamburg, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende "Hamburgische Korrespondent" erbringt in einem aus Berlin stammenden Artikel den Nachweis, dass die von Herrn von Papen angegebenen Gründe zu seiner Gewaltaktion gegen die verfassungsmässige preussische Regierung nicht die tatsächlichen Gründe, sondern nur Vorwände gewesen sind.

Zwar sei, so heisst es in dem Artikel, als Anlass zum Einschreiten in Preussen die mangelnde Bereitschaft der bisherigen preussischen Regierung zu einer wirklich energischen Abwehr der kommunistischen Umtriebe angegeben worden. Aber dieser spezielle Anlass decke sich natürlich keineswegs mit den wesentlich weitergehenden Zielen, die der Reichskanzler und seine Regierung bei ihren jetzigen Schritten im Auge hätten. Der Nachweis, der gegen hohe Polizeibeamte erhobenen Verfehlungen solle im einzelnen noch geliefert werden. "Aber, so heisst es wörtlich in dem Artikel, "es ist schon jetzt deutlich zu erkennen, dass bei dieser ausserordentlich weittragenden Aktion auch weitere Motive, und zwar in ausschlaggebendem Masse, mitgesprochen haben. Man braucht sich nur an die Gedankengänge zu erinnern, die beim Uebergang vom Kabinett Brüning zum Kabinett Papen im Vordergrund standen, und man wird deutlich sehen, dass die gründlich vorbereitete und planmässig durchgeführte Beseitigung der bisherigen preussischen Regierung zu den Kernstücken des politischen Gesamtplans der jetzigen Reichsregierung gehört."

In dem Artikel wird dann noch gesagt, es könne nicht das Ziel der Regierung sein, eine Ueberleitung zum sogenannten Dritten Reich zu bilden, sondern vielmehr die national wertvollen Kräfte, die in der nationalsozialistischen Bewegung vorhanden seien, für die Mitarbeit und Mitverantwortung im Staats-

gewinnen. In diesem Rahmen werde man auch die jetzt in Preussen
geführten Massnahmen betrachten müssen, um ihren politischen Zweck deut-
lich zu erkennen. Die Massnahmen, die die Reichsregierung jetzt in Preussen
ergriffen habe, könne man unschwer als eine politische Vorbereitung auf die
am 31. Juli zu erwartende Entwicklung einschätzen.

SPD. Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hat am
Freitag die inzwischen von uns veröffentlichte Erklärung des stellvertreten-
den Vorsitzenden gegen die Gewaltaktion der Papen-Regierung in Preussen ge-
billigt.

In der Entschliessung des Vorstandes heisst es nach dieser Billigung
weiter: "Das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber Preussen hat im deutschen
Volke Staatsautorität untergraben, Rechtssicherheit im Lande erschüttert und
damit unentbehrliche Voraussetzungen einer ruhigen Entwicklung auf das schwer-
ste beeinträchtigt.

In verantwortungsbewusster Wahrung verfassungsmässiger Grundlagen im
Reich und in den Ländern, in tiefer Sorge um die Erhaltung von Ruhe, Sicherheit
und Ordnung, protestiert die Deutsche Zentrumspartei in aller Entschiedenheit
gegen Massnahmen, die von parteilichen Einflüssen und nicht von sachlichen
Notwendigkeiten diktiert sind. Die folgenschweren Wirkungen für das nationale
und soziale Zusammenleben in unserem Volke und die deutsche Geltung in der
Welt zeichnen sich bereits auf weite Sicht hin ab.

Die Deutsche Zentrumspartei wird darum nicht aufhören, Verwahrung einzu-
legen gegen eine Politik, die sie als verderblich bezeichnen muss, weil sie
Land und Volk, statt aus Unruhe und Not herauszuführen zu dauernder Unruhe
verurteilt.

Der 31. Juli wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, zu bekunden, dass
es Politik will und nicht Abenteuer, dass es eine sachliche, Recht und bürger-
liche Freiheit achtende, auf das Wohl des gesamten Volkes gerichtete Staats-
politik will und fragwürdige Experimente ablehnt."

+ + +
Die Zentrumspartei des Preussischen Landtags hat am Freitag ebenfalls
eine Protest-Entschliessung gegen die Gewaltaktion der Papen-Regierung ange-
nommen. Ihr entnehmen wir :

"Die Gründe, mit denen der Reichskanzler v. Papen diesen unerhörten, in
der Geschichte des deutschen Volkes beispiellosen Eingriff in die verfassungs-
mässigen Einrichtungen des grössten deutschen Landes zu rechtfertigen versucht
hat, können in keiner Weise als stichhaltig anerkannt werden.

Sollten wirklich einzelne höhere Funktionäre des preussischen Staates sich
Pflichtwidrigkeiten schuldig gemacht haben, so war es unzweifelhaft die Pflicht
der Reichsregierung, vor jedem unmittelbaren Eingreifen ihrerseits hiervon die
preussische Staatsregierung amtlich in Kenntnis zu setzen. Ein solcher Schritt
der Reichsregierung ist nicht erfolgt. Herr v. Papen war also nicht berechtigt
in seiner Rundfunkrede vom 20. Juli zu behaupten, dass "die Entwicklung der
politischen Verhältnisse in Preussen einer Reihe von massgebenden Persönlich-
keiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Massnahmen
zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD zu treffen."

Wenn Herr v. Papen weiterhin geltend macht, dass durch die Schuld der ein-
zelnen Parteien den Kommunisten im Preussischen Landtag eine Schlüsselstellung
verschafft worden sei, so haben schon die Vorgänge bei der Wahl des preussi-
schen Landtagspräsidiums mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass dieser Vorwurf
jedenfalls die Regierungsparteien nicht trifft. Vielmehr haben diese das Aner-
bieten der Kommunistischen Landtagsfraktion abgelehnt, mit ihrer Hilfe das
Landtagspräsidium ausschliesslich mit Mitgliedern des Zentrums und der Sozial-

le zu besetzen.

Insoweit kann das Vorgehen der Reichsregierung damit gerechtfertigt werden, dass der Landtag die ihm verfassungsmässig obliegende Neuwahl des Ministerspräsidenten bisher nicht vorgenommen hat. Es dürfte ihr nicht unbekannt sein, dass zwischen Nationalsozialisten und Zentrum auf Vorschlag der ersten Reichstagswahlen eine Verständigung darüber bestand und besteht, dass diese Wahl erst nach den Reichstagswahlen vorgenommen werden soll. Im übrigen muss festgestellt werden, dass in anderen deutschen Ländern geschäftsführende Regierungen seit langem im Amt sind, ohne dass die Reichsregierung sich zu irgendwelchen Massnahmen von Reichs wegen veranlasst gesehen hätten.

Nach alledem bestreitet die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags mit allem Nachdruck, dass die sachlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung vorliegen. Weder hat das Land Preussen seine Pflichten aus der Reichsverfassung oder aus Reichsgesetzen nicht ordnungsgemäss erfüllt, noch ist durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung die öffentliche Sicherheit und Ordnung innerhalb des preussischen Staatsgebietes gestört worden. Wenn seit dem Rücktritt des Kabinetts Brüning die öffentliche Ordnung und Sicherheit in bedenklichem Masse gestört worden sind, so beschränken sich diese Erscheinungen weder auf das Land Preussen noch sind sie durch das Verhalten der preussischen Staatsregierung verursacht worden. Das öffentliche Gewissen des deutschen Volkes legt vielmehr diese betrüblichen Vorgänge in seltener Einmütigkeit den verfehlten Massnahmen zur Last, die gerade das Kabinett v. Papen getroffen und bis zum heutigen Tage zurückzuziehen sich nicht veranlasst gesehen hat.

Angesichts dieser Sachlage protestiert die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages auf das Entschiedenste gegen die empörende Behandlung, die der Reichskanzler von Papen den bewährten Männern hat zuteil werden lassen, die, getragen vom Vertrauen der Zentrumsfraktion, ihr hohes Amt übernommen und eine lange Reihe von Jahren hindurch unter schwersten Verhältnissen in gewissenhafter Pflichterfüllung gegenüber Volk, Staat und Reich verwaltet haben."

SPD. Kiel, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf Veranlassung des neuen preussischen Innenministers hat der jetzt in Schleswig-Holstein antierende Vizepräsident im Oberpräsidium die sozialdemokratische "Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" auf die Dauer von vier Tagen verboten.

Die Volkszeitung hatte im Anschluss an einen Prozess, den Hitler angestrengt hatte, das Urteil des Landgerichts in einem Artikel kritisiert, in dem es heisst: "Ein Minister hat einmal vor gar nicht langer Zeit geäussert, es lohne nicht, sich als Republikaner an die Gerichte zu wenden. Der gewährte Schutz sei mehr als mangelhaft. Es sei in jedem Fall besser, man verzichte auf die zweifelhafte Hilfe der Justiz. Hitler wird sich diesem Ausspruch nicht anschliessen. Ihm wird Hilfe - woraus selbstverständlich niemand schliessen kann, dass das nicht an dem Recht, sondern an unserer Justiz läge." Daraus ist geschlossen worden, dass, wie es in der Begründung des Verbots heisst, "die Zeitung, die sich in dem ersten Absatz geäusserte Ansicht zu eigen mache" die Zeitung bringt dann zum Ausdruck, "dass Republikaner vor dem Gericht nicht den gleichen Rechtsschutz geniessen wie Nichtrepublikaner. Sie macht damit dem Richterstand den grössten Vorwurf, der ihm überhaupt gemacht werden kann, nämlich den der Parteilichkeit. Jeder Leser muss die Ueberzeugung gewinnen, dass die Justiz mit zweierlei Mass messe, dass gegenüber Hitler anders Recht gesprochen werde als gegenüber Republikanern."

+ + +

mag wegen kritischer Betrachtungen über die Justiz unsere Presse
1. An dem Urteil der breiten Massen gegenüber dieser Justiz ändert
durch nichts. Es wird durch derartige Zwangsmassnahmen vielmehr be-

SPD. Die Presse der Nazi-Barone, im Volksmund auch Jauchegrube genannt, ist angesichts der Gewaltaktion gegen die verfassungsmässige preussische Regierung geradezu aus dem Häuschen geraten. Besonderen Jubel zollt sie der Amtsenthaltung der "Parteibuchbeamten", selbstverständlich in der Erwartung, dass Nazi-Jünger mit dem Nazi-Parteibuch die Nachfolge antreten. Aber hören wir was die bürgerliche "Vossische Zeitung" über die ihres Amtes enthobenen "Parteibuchbeamten" schreibt :

"Der Staatssekretär Krüger ist Sozialdemokrat. Ist er darum Parteibuchbeamter? Er hat eine glänzende Laufbahn hinter sich, aber von einer Regularität, die beneidenswert ist. Er hat beide juristischen Staatsexamina gemacht, ist im braunschweigischen Staatsdienst ausgebildet worden, wurde 1919 ins Reichsarbeitsministerium berufen, wurde 1923 Regierungspräsident in Lüneburg und bewährte sich dort so ausgezeichnet und erwarb sich so allgemein anerkannte Verdienste um die Landwirtschaft, dass er 1927 ins Landwirtschaftsministerium berufen wurde, begleitet übrigens von einem Anerkennungsschreiben der Lüneburger Landwirtschaftskammer.

Und Staatssekretär Staudinger? Er ist seit 1917 im Reichswirtschaftsministerium gewesen, und als er 1927 als Ministerialdirektor dieses Ministerium verliess, um Staatssekretär im Preussischen Handelsministerium zu werden, da liess ihm der damalige Reichswirtschaftsminister Curtius, auch heute wohl noch keiner inneren Abhängigkeit von den Kommunisten verdächtig, ein besonderes Anerkennungsschreiben zugehen. Er rühmte Staudingers reiches Wissen, die wertvolle Arbeit für den Reichsdienst, die Fülle der eigenen Ideen, die umfangreichen ökonomischen Kenntnisse.

Da sind zum Beispiel ferner die Regierungspräsidenten Simons und von Harnack. Simons ist Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten, langjähriger Leiter der Deutschen Hochschule für Politik, ein Fachmann, der allgemein anerkannt ist. Gegen ihn ebenso wie gegen Harnack richtet sich die Abneigung hauptsächlich, weil diese Söhne berühmter Väter sich der Sozialdemokratie angeschlossen haben."

Wo in der Hitler-Partei und wo in der Regierung der Nazi-Barone gibt es auch nur einen Mann mit den Qualitäten der jetzt von einem Herrn von Papen abgesetzten und vorstehend erwähnten höheren Beamten? In der Nazi-Partei herrscht nicht die Qualität, dort herrscht das Maulheldentum vor. Darum das Schlagwort vom "Parteibuchbeamten". Hinter ihm verbirgt sich das Rachebedürfnis einer Clique, die den Aufstieg der Arbeiterklasse seit 1918 nicht verschmerzt hat und vor allem nicht vergessen hat, dass sich Männer auf die Seite der Ärmsten der Armen geschlagen haben, die nach Geburt und Herkunft nicht zu ihnen gehörten. Trotz aller Qualitäten, die ihnen kein Papen absprechen kann, sind sie jetzt bereits zum Teil das Opfer ihres Anstandes und ihrer Gesinnung geworden.

SPD. Darmstadt, 22. Juli (Eig. Drahtb.)
Der hessische Vertreter beim Reich hat dem Reichskanzler am Freitag ein Schreiben überreicht, in dem daran erinnert wird, dass der hessische Staatspräsident bereits in der Besprechung der Länderpräsidenten am 11. Juli die stärksten Bedenken gegen die Angriffe auf die Länder geäussert habe. Jetzt,

das hessische Gesamtministerium für verpflichtet, abermals nach-
t der grossen Sorge über die durch die jüngsten Vorgänge in Preussen
ne Lage Ausdruck zu geben. Zugleich bekundet die hessische Regie-
völliges Einvernehmen mit der Haltung der anderen süddeutschen Re-
n.

gleiches Schreiben ist dem Reichspräsidenten übergeben worden.

SPD. Am Sonnabend vor der Wahl
spricht Carl Severing im Rundfunk.

In der letzten Woche vor der Wahl werden im Rundfunk Vertreter der politi-
schen Parteien zu den Rundfunkhörern sprechen. Die Reihenfolge der Redner ist
nach der Stärke der Parteien bestimmt. Den Anfang macht am Montag der Christ-
lich-Soziale Volksdienst, ihm folgen das Landvolk, die Staatspartei, die Bay-
erische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei, die
Deutschnationalen, das Zentrum, die Nationalsozialisten und die Sozialdemokra-
tische Partei. Für die Sozialdemokratische Partei war Otto Wels als Redner vor-
gesehen. Otto Wels hat Carl Severing jedoch gebeten, für ihm die Rundfunkrede
zu übernehmen. Severing hat sich dazu bereit erklärt. Er spricht am 30. Juli,
von 19,00 bis 19,25 Uhr. Die Rede wird über den Deutschlandsender gehalten
und auf alle Sender übertragen.

SPD. Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der am
Freitag-Nachmittag im Reichstag versammelt war, hat sich auf Montag-Nachmittag
2 Uhr vertagt, nachdem der Reichskanzler v. Papen die Zusage gegeben hatte,
entsprechend der Aufforderung des Ausschusses zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Der Ausschuss, an dessen Verhandlungen die Nationalsozialisten und ihre
getreuen Gefolgsleute nicht teilnahmen, hat zunächst einstimmig bei Stimm-
enthaltung des Abgeordneten von Lindeiner-Wildau den Standpunkt vertreten,
dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen worden sei. Der Ausschuss hat damit
zugleich die Sabotageversuche des bisherigen Vorsitzenden Strasser zurückge-
wiesen.

Bevor in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten wurde, beschloss der
Ausschuss - wieder gegen die Stimme des Herrn v. Lindeiner - den Reichskanzler
den Reichsminister des Innern und den Reichswehrminister zu laden. Nun gab es
zunächst ein etwas merkwürdiges Hin und Her. Es dauerte längere Zeit, bis eine
Antwort des Reichskanzlers, auf den es natürlich in erster Linie ankam, ging
Sie wurde dann in Gestalt eines Briefes an den Reichspräsidenten abgegeben
In diesem Schreiben hiess es, dass die Mitglieder der Reichsregierung bereit
seien, sich an den Beratungen insoweit zu beteiligen, als der Gegenstand der
Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmässigen Zuständigkeit des Ausschusses
halte. Die Auferlegung einer solchen Bedingung entspricht weder der Geschäfts-
ordnung noch der Verfassung. Der Ausschuss lehnte es dementsprechend sofort
- wiederum einstimmig - ab, der Reichsregierung das Zugeständnis zu machen,
ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig zu machen. Neue Verhandlungen mit der
Reichskanzlei mit dem Ergebnis, dass Herr v. Papen erklären liess, er werde
zu dem festgesetzten Termin am Montag erscheinen, ohne Bedingungen zu stellen.

Vorher hatte es noch ein Zwischenspiel gegeben. Die Zentrumsvertreter
stellten fest, dass sie die Aufhebung der Notverordnungen nicht auf Grund des
Artikels 48 der Verfassung forderten, sondern nur ganz allgemein die Regierung
um die Zurückziehung ersuchten. Sie konnten kaum anders vorgehen, nachdem sie
im Jahre 1930 die Auffassung vertreten hatten, dass der Ueberwachungsausschuss
nicht befugt sei, Aufhebungen von Notverordnungen auf Grund des Artikels 48

gen. Die Sozialdemokratie liess durch den Abgeordneten Breitscheid dass sie ihrerseits an der Zuständigkeit des Ausschusses, gestützt Artikel 48 vorzugehen festhalte, das heisst also, dass nach ihrer Meinung die Verfassungsverletzung vorliegt, wenn die Regierung einem sich auf Artikel 48 berufenden Verlangen nicht entspreche. Ähnlich äusserte sich der Abgeordnete Pfleger von der Bayerischen Volkspartei. Aber wie dem sei, jedenfalls hat der Reichskanzler sich zunächst dem Beschluss des Ausschusses unterworfen, und er ist bereit, ohne Bedingungen an seinen Verhandlungen teilzunehmen.

Was den Meinungswechsel des Herrn v. Papen herbeigeführt hat, mag dahingestellt sein. Jedenfalls bedeutet sein Verhalten, dass er sich die verfassungswidrigen Auslegungskünste der Nationalsozialisten nicht zu eigen macht und dass er seine Pflicht anerkennt, vor dem Ausschuss zu erscheinen. Damit ist keineswegs ein besonderes Lob für den Reichskanzler ausgesprochen: er handelt diesmal so, wie es die Verfassung vorschreibt. Der Ausschuss selber hat sich das Verdienst erworben, den Mann an der Spitze der Reichsregierung nachdrücklich und mit Erfolg an seine Pflicht erinnert zu haben. Jetzt bleibt nur abzuwarten, welche Stellung das Kabinett zu den am Montag zu fassenden sachlichen Beschlüssen des Ueberwachungsausschusses einnehmen wird.

SPD. Genf, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat die deutsche Regierung am Freitag anlässlich der Aussprache über die Vertagungs-Entscheidung eine Erklärung abgeben lassen, welche die Ablehnung der weiteren Teilnahme Deutschlands an der Konferenz androht, wenn bis zum Wiederezusammentritt die Anerkennung der Gleichberechtigung nicht gesichert sei. Ueber die Anwendung dieses Grundsatzes mit den beteiligten Regierungen zu verhandeln, sei die deutsche Regierung sofort bereit. Botschafter Nadolny lehnte die Vertagungsresolution ab. Sir John Simon sprach mit einer auffallenden Schärfe gegen Deutschlands Haltung. Herriot lehnte Deutschlands Forderung ab mit dem Hinweis, dass sie erst durch die Garantie der Sicherheit für alle und nicht ausserhalb dieser Garantie entschieden werden könne. Das Ergebnis dieser Papen-Attacke war die völlige Isolierung Deutschlands.

Im Verlauf der langen Vormittagssitzung hielt die gleiche Mehrheit von 30 Staaten, die am Donnerstag der Forderung Englands, Frankreichs und Amerikas beigetreten war, mit einer Ausnahme sämtliche Einzelteile der Resolution aufrecht. Nur der kanadische Antrag, die staatliche Waffen- und Munitionsherstellung in die Kontrolle der privaten Fabrikation einzubeziehen, wurde als einzige Änderung angenommen. Litwinow erklärte nach Ablehnung der prinzipiellen Anträge Russlands, dass er auf die Abstimmung der weniger wichtigen verzichte, da selbst deren Annahme der Sowjetdelegation keine Zustimmung zu einer solchen Resolution ermöglichte. Nachdem alle fünf Teile der Resolution angenommen waren, erklärte Berichterstatter Benesch, dass der Öffentlichkeit der Sitzungen des Büros während der Vertagungspause nicht entgegenstehe.

Am Nachmittag begann Nadolny die Aussprache über die Resolution mit der Feststellung, auch diese Konferenz sei eine solche für die Liquidation der Vergangenheit. Sie habe die Aufgabe, einen weiteren Abschnitt der Nachkriegsgeschichte zu beenden, der schon lange hätte abgeschlossen werden müssen. Die Ungeduld der Völker könne nicht das geringste greifbare Ergebnis wahrnehmen. Keiner der dazu geeigneten Vorschläge, weder der Hoovers, noch der Englands, Italiens oder Sowjetrusslands habe der zähen Gegenwirkung der Verneinungskräfte Stand halten können. Das Verbot des chemischen Krieges sei bereits im Genfer Protokoll von 1925 ausgesprochen, die Bestimmungen über schwere Artillerie, Tanks und Bombenabwürfe seien sehr problematisch, ebenso verpflichten

...mungen über Herabsetzung der Landarmee zu nichts. Deutschland trotz dieser unbefriedigenden Massnahmen sich der Stimme enthalten wenn für die kommende Arbeit die Gleichberechtigung anerkannt worden und die es niemals seine Unterschrift unter ein Abkommen werde setzen Nadolny verlas dann die Erklärung der Reichsregierung, die ihre Bereitschaft ausspricht, auch weiter an den Arbeiten teilzunehmen, um mit aller Kraft dazu beizutragen, dass im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundessatzungen ein wirklich einschneidender Schritt in Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan werde. Ihre Mitarbeit sei aber nur möglich, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolgte. Die deutsche Regierung halte es nicht für möglich, dass bei dieser Ungeklärtheit über eine Grundfrage des Abrüstungsproblems erspriessliche Arbeit geleistet werden könne: "Soweit die einzelnen Frage, die sich aus der Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung ergeben, der Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muss aber schon heute darauf hinweisen, dass sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte."

Der Schluss der Aussprache und die Endabstimmung, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, wurde nach den ablehnenden Erklärungen Simons und Herriots gegen die deutsche Auffassung auf Sonnabend-Vormittag vertagt.

SPD. Der Berliner Polizeikommandeur Heimannsberg und der zugleich mit ihm in Haft genommene Polizeimajor Encke sowie der Charlottenburger Reichsbanner-Ortsgruppenführer Carlbergh wurden bisher nicht haftentlassen. Es besteht die Absicht sie vor ein Sondergericht zu stellen, wie es in der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten vorgesehen ist, und sie innerhalb 24 Stunden aburteilen zu lassen. Warum - das haben die neuen Gewalthaber der Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht verraten. Den Rechtsvertretern der drei in Haft genommenen Persönlichkeiten wurde bis Freitag-Abend nicht einmal Sprech-Erlaubnis gewährt.

Die "neue Staatsführung" der Nazi-Barone wird dem Volk von Tag zu Tag mehr demonstriert.

SPD. Genf, 22. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Zwischenfall in der Interparlamentarischen Union hat bis Freitag-Abend noch keine Regelung gefunden. Auf Antrag der Italiener hat der Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben an den Vorsitzenden Carton de Wiart gerichtet, in dem er der Versammlung mitteilt, dass ihre Aussprachen nicht mehr im Gebäude des Völkerbundes stattfinden könnten, wenn der Zwischenfall nicht beigelegt werde. Italien hat inzwischen verlangt, dass von Seiten der französischen Abordnung eine Entschuldigung vorgebracht werde, und dass Renaudel von den Sitzungen ausgeschlossen werde. Das Büro hat seine Entscheidung auf Sonnabend vertagt.

Im Berliner Polizeipräsidium sind am Freitag von den neuen Gewalt- eine ganze Reihe von Umbesetzungen verfügt worden. In den politischen wurden die sozialdemokratisch verdächtigen Beamten durch bürgerliche ersetzt. Die auf diese Weise frei gewordenen Beamten wurden hlich unpolitischen Referaten zugeteilt.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes befasste sich am Freitag unter Hinzuziehung der Vertreter aller ihm angeschlossenen Verbände mit der Gewaltaktion gegen Preussen. Die Haltung der Bundesvertreter in der Konferenz der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation wurde einstimmig gebilligt. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die freigewerkschaftlich organisierten Beamten fest in der Eisernen Front stehen und Seite an Seite mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern und Angestellten die Verfassung verteidigen werden.

Bei der Erörterung der beamtenpolitischen Seite der Vorgänge wurde hervorgehoben, dass es sich nur darum handle, ob Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben werden können denn politische Beamte müssten sich bei anderen politischen Verhältnissen die Versetzung in den Wartestand gefallen lassen. Wohlaber sei es fraglich, ob ein Reichskommissar befugt ist, Landesbeamte zu entlassen oder zu ernennen, da durch derartige Anordnungen rechtliche und finanzielle Auswirkungen für das betreffende Land entstehen. Das sei aber nicht allein eine beamtenrechtliche, sondern in erster Linie eine staatsrechtliche Frage, die jetzt dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorliege.

Einmütig wurde festgestellt, dass auf keinen Fall der Artikel 48 der Reichsverfassung eine Handhabe dafür gebe, einen Beamten willkürlich aus dem Amte zu entfernen. Durch den Artikel 48 könne nicht der Artikel 129 ausser Kraft gesetzt werden, der festlege, dass die Beamten nur "unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilig oder endgültig in den Ruhestand oder ein anderes Amt mit geringem Gehalt versetzt" werden können. In einem ähnlich gelagerten Falle habe auch seinerzeit das Reichsgericht den vom nationalsozialistischen Minister Frick in den Wartestand versetzten Beamten zu ihrem Recht verholfen. Das Reichsgericht habe damals ausdrücklich festgestellt, dass die Beamten ein wohl erworbenes Recht darauf haben, nicht vorzeitig und nicht unter anderen als den gesetzlichen Formen ihres Amtes enthoben zu werden.

Der Bundesvorstand war sich einig in schärfster Verurteilung und im nachdrücklichsten Protest gegen die bisher noch nicht dagewesenen Eingriffe in das Beamtenrecht. Er erwartet von den Beamten, dass sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, im Interesse der Erhaltung des Berufsbeamtentums und im Interesse der Verhinderung schlimmster Parteiwillkür bei Einsetzung und Entlassung von Beamten am 31. Juli aus den Ereignissen die politischen Konsequenzen ziehen.

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übermittelt uns folgende Erklärung:

"Gegenüber der im Vorwärts Nr. 341 vom Freitag dem 22. Juli aus dem Rundschreiben der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Berlin wiedergegebener Behauptung, wonach zwischen Gregor Strasser und dem Sachwalter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Furtwängler, eine Fühlungnahme stattgefunden hätte, stellen wir zugleich im Namen unseres Kollegen Furtwängler fest, dass an diesen Behauptungen kein Wort wahr ist."

aus aller Welt

Hafenschmuggler.

Alkohol, Waffen, Rauschgifte, Kaffee - Die "Reise" nach Deutschland - Der verdächtige Möbelwagen.

SPD. Der Hamburger Zollfahndungsbehörde gelang die Aufdeckung eines riesigen Kaffeeschmuggels. Acht Personen wurden verhaftet. Die Bande hat seit Oktober vorigen Jahres 1700 Zentner Kaffee geschmuggelt.

Seeschmuggel ist seit Jahrhunderten ein abenteuerreiches und lohnendes Gewerbe. Die Schmuggelschiffe haben im Laufe der Zeit oft ihren "Inhalt" gewechselt, geruht haben sie nie. Einst schmuggelte man schwarze und weisse Sklaven nach Westindien, heute füllen die Geheimbunker der Schmuggelschiffe lichthellen Whisky. Jedes Jahrzehnt hatte seine besondere Scala an vielfältigen Schmuggelwaren. Einfuhrverbote, Zollschranken und andere Importhindernisse steigerten den Binnenpreis der Waren so stark, dass sie zum Antrieb der Schmuggler wurden, sich mit dem Risiko der verbotenen und "zollfreien" Einfuhr zu befassen. Immer, wo Zollmauern sich auf der Erde erhoben, tobte auch der Schmugglerkrieg.

In unserem krisengeschüttelten Jahrzehnt sind vor allem vier Artikel im international organisierten Seeschmuggel begehrt: Alkohol, Waffen, Rauschgifte und Kaffee. Alles Artikel, die auf Schiffen gut verfrachtet werden können und die weite Reisen lohnen. Am grosszügigsten ist der Seeschmuggel in Waffen und Alkohol. Er verfügt über eine ausserordentlich gut funktionierende Weltorganisation, über eine grosse Zahl gecharterter Schiffe und eigene Flotten. Alkohol- und Waffenschmuggel im Grossen betrieben sind stets lohnende Geschäfte, da sie selbst bei hohen Verlusten durch die Zollpolizei noch hohe Gewinne abwerfen. Schwieriger und gefährlicher ist der Rauschgift- und Kaffeeschmuggel. Ihre Absatzgebiete sind enger umgrenzt; bei den Rauschgiften ist sogar die Herstellung gedrosselt. Beim Kaffeeschmuggel liegen die Schwierigkeiten in der Einseitigkeit des Absatzmarktes und in der Proportion des zu schmuggelnden Materials. Es sind ausserordentlich umfangreiche Schmuggelladungen erforderlich, wenn das Geschäft lohnen soll.

Ist die entscheidende Richtung des Waffen- und Alkoholschmuggels Ostasien und Amerika, so hat der Kaffeeschmuggel seinen Schwerpunkt in Europa, in den nicht Kaffee produzierenden Ländern. Diese Länder, voran Deutschland, haben durch hohe Einfuhrzölle einen Inlandskaffeepreis geschaffen, der für die Schmuggler die weite Reise von Amerika nach Europa nutzbringend macht. Deutschland ist gegenwärtig einer der Hauptangriffspunkte des internationalen Kaffeeschmuggels. Der Rohkaffee wird in Südamerika oder auf den Antillen eingekauft. Die Schmuggler erwerben dort ganze Schiffsladungen zu äusserst niedrigen Preisen, denn die südamerikanischen Häfen sind durch die Ueberproduktion an Rohkaffee verstopft, allein in den brasilianischen Häfen lagern vier Millionen Zentner Rohkaffee alter Ernte. Die Kaffeeladungen werden nach Europa deklariert. Aber nur ein ganz bestimmter Prozentsatz der Ladung, die nach Deutschland bestimmt ist, hat als Einfuhrhafen Hamburg oder Bremen. Der von den Konsularbehörden deklarierte Kaffee wird auch meist in den deutschen Bestimmungshäfen gelöscht und dient dort zur Tarnung für das lohnendere Schmuggelgeschäft.

und die offiziell genehmigte und verzollte Kaffeeladung gelöscht
sien die unverzollten Bohnen in die geheimen Transportverstecke,
den Frei- und Zollhäfen heraus und ins Binnenland führen.
Der Europäischen Küste hat der Kaffeeschmuggel zweierlei Formen an-
genommen. Einmal hat sich der direkte Seeschmuggel ausgebildet, der an der See-
küste sich geht, wo die Ueberseeschiffe ihre Ladungen in Abwesenheit
von Kreuzern ausbooten und durch unverdächtige, der Zollkontrolle nicht un-
terworfene Fahrzeuge an Land bringen lassen. Zum Anderen aber gibt es noch
den schwierigeren, aber lohnenderen Schmuggel in den Häfen. Die Kaffee-
schiffe laufen direkt den Bestimmungshafen an. In der Freihafenzone, die jeder
Hafen besitzen muss, um den zollfreien Umschlagsverkehr von Schiffsladungen
zu gestatten, ist dann der eigentliche Raum, in dem sich der Kaffeeschmuggel
vollzieht. Meist geht der Schmuggel so vor sich, dass die Kaffeeschiffe ir-
gendwelche Güter aus dem Binnenlande übernehmen und in den Fahrzeugen, die die
Güter an das Schiff oder an den Liegeplatz heranbringen und die eigentlich
leer wieder nach dem Binnenhafen zurückkehren, wird dann der zu schmuggelnde
Kaffee vom Schiff, direkt durch die Zollgrenze hindurch, an Land gebracht. Die,
zum Schmuggel bestimmten Fahrzeuge: Autos, Barkassen, Leichter usw. haben be-
sonders eingebaute, verborgene Hohlräume, gross genug, um einige Zentner Kaf-
fee mit aus der Zollzone zu nehmen. Im Falle der jetzt in Hamburg ertappten
Schmugglerbande benutzte man einen Möbelwagen von besonders grossem Format,
der durch eine Zwischenwand so im Innern abgedeckt worden war, dass er auch
dann, wenn er leer fuhr, den Zollbehörden nicht auffiel: hinter der Zwischen-
wand waren zehn Zentner Kaffee versteckt. Auch die Führersitze von Lastkraft-
wagen und die Zwischenschotte der Barkassen eignen sich für diese Schmuggler-
ware sehr gut und es gehört schon ein sehr geschulter Ueberwachungsdienst da-
zu, um solchen Schmugglern auf die Spur zu kommen.

In dem einen Falle, da es gelang Kaffeeschmuggler aufzuspüren, waren in
ganz kurzer Zeit über Hunderttausend Mark an Zöllen verdient worden. Wir ge-
hen aber nicht fehl, wenn wir bei dem heutigen Kaffe Zoll in Europa annehmen,
dass alljährlich beim Kaffeeschmuggel Millionen an Zöllen verdient werden, die
nicht entrichtet wurden. Der Schmuggel kann nicht erfolgreich bekämpft werden,
er ist eine fast selbstverständliche, wenn auch ins Kriminelle gehende Abwehr-
organisation gegen die Zollmauern und gegen einseitige Einfuhrpolitik. So
lange es eben Zollmauern gibt, die hoch genug sind, um jedes Risiko, auch das
von Menschenleben zu tragen, wird der Schmuggel immer blühen. Gestern noch mit
der schwarzen Ware Arbeitskraft, heute mit Waffen, Rauschgiften und Kaffee.
Der Seeschmuggel ist nichts als eine groteske Fortsetzung jenes unerbittl-
chen Konkurrenzkampfes, der der kapitalistischen Warenwirtschaft in diesem
Stadium ädaquat ist.

W.S.

Neuer "Angriff"-Prozess. Der vom Berliner Polizeivizepräsidenten Dr.
Weiss angestrebte Prozess gegen die der Verleumdung beschuldigten verant-
wortlichen Redakteure des Nazi-"Angriff", Lippert und Krause, findet am 29.
Mai vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I. Berlin statt. Hauptgegen-
stand der Verhandlung bildet die Behauptung des "Angriff", dass Dr. Weiss pflich-
widrig in bestimmten Spielklubs verbotene Glücksspiele geduldet habe und von
diesen dafür entschädigt worden sei.

Gronau gestartet. Am Freitag-Vormittag um elf Uhr ist der Ozeanflieger
Wolfgang von Gronau von List (Westerland) aus zu seinem seit längerer Zeit
vorbereiteten Fernflug nach Nordamerika gestartet. Als zweiter Pilot macht
Gerd von Roth den Flug mit. Ausserdem befinden sich ein Monteur und ein Fun-
ker an Bord. Der Flug führt in Etappen voraussichtlich bis an die amerikani-
sche Westküste.

teilter Nazi-Mörder. Vor dem Schwurgericht Schneidemühl wurde der Karl Schmidt aus Stegers (Kreis Schlochau) wegen Körperverletzung Erfolg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Beweisaufnahme erzählte Schmidt seinen Konkurrenten, den jüdischen Händler Hopp, eines Abends überfallen und niedergeschlagen hat. Hopp erlitt eine Gehirnverletzung an der er nach kurzer Zeit verstarb. Schmidt hatte sein Opfer bereits längerer Zeit aus Konkurrenzneid mit Hass verfolgt.

Die Witwe des Verstorbenen Strafantrag wegen des Verbrechens gestellt hatte, weigerte sich das Gericht in Schlochau einzugreifen, weil angeblich "kein öffentliches Interesse" vorliege. Erst nachdem die Presse den Aufsehen erregenden Fall behandelt hatte, leitete der Staatsanwalt die Ermittlungen ein. Der Verteidiger des Angeklagten, ein nationalsozialistischer Rechtsanwalt aus Flatow, versuchte den Vorgang auf das politische Gebiet zu schieben, offenbar, um den Angeklagten später unter die Amnestie bringen zu können. Das Gericht aber lehnte diese Motive ab.

+ + +

Verurteilte Attentäter. Das Schöffengericht Berlin-Mitte fällte am Freitag in dem Prozess gegen die beiden Angeklagten, die am Abend des 9. April ds. Js. auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin das Revolverattentat gegen den Reichsbankpräsidenten Luther ausgeführt haben, folgendes Urteil: Dr. Max Roosen, der geistige Leiter der Aktion, wird mit 10 Monaten Gefängnis und Landwirt Kertscher mit 9 Monaten 2 Wochen Gefängnis bestraft. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgte "wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Vergehen gegen § 5 der Notverordnung, gegen politische Ausschreitungen vom 28. März und wegen Schusswaffenvergehens". Die Untersuchungshaft wurde angerechnet, der Haftbefehl aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von 3 Jahren und 2 Jahren, 3 Monaten Gefängnis verlangt.

In der Urteilsbegründung erklärt Landgerichtsdirektor Masur, die Verhandlung hätte erwiesen, dass die Angeklagten nicht einen Anschlag auf das Leben des Reichsbankpräsidenten planten. Sie wollten Dr. Luther nur leicht verletzen. Erwiesen sei auch, dass die Angeklagten weder persönliche Vorteile verfolgt noch aus Sensationslust gehandelt hätten. Die Angeklagten hätten an ihre Idee geglaubt: die Währungstechnik der Reichsbank sei falsch und für das deutsche Volk ein Unglück. Ob die Angeklagten mit ihrer Meinung Recht hätten - darüber könne und wolle das Gericht kein Urteil abgeben. Die Angeklagten wollten sich Gehör verschaffen - in der Wahl ihrer Mittel aber hätten sie geirrt und sich strafbar gemacht, wie sich jeder strafbar mache, der mit gesetzlichen Mitteln kämpft.

+ + +

Wetterkatastrophe. In der spanischen Provinz Zaragoza wurden durch Regenstürme und Hagel grosse Ernteschäden angerichtet. In den nord- und mittelspanischen Gebirgen fiel Schnee.

+ + +

Bestechungs-Sachverständiger. Der Berliner Untersuchungsrichter, der das Ermittlungsverfahren gegen die im Zusammenhang mit der Devaheim-Affäre der passiven Bestechung beschuldigten Redakteure des "Industrie-Kurier" leitet, zog als Sachverständigen Professor Dofivat hinzu. Professor Dofivat ist Leiter des Zeitungswissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin.

+ + +

Abgestürzt. Ein Amtsgerichtsrat aus Mannheim stürzte bei einer Finsternisaarhornbesteigung ab und verunglückte tödlich.

Gewerkschaftliche Rundschau

Macht und Ohnmacht.

SPD. Alles wird anders - das war das grosse Schlagwort der Hitlerpsychose. Nun haben wir schon eine andere Regierung, eine Regierung der Hitlerbarone und es ist auch manches anders geworden, allein in der Frage aller Fragen, deren Lösung den Hungernden Brot bringen soll, treten die neuen Machthaber sehr, sehr kurz.

Wenn man die Macht hat, kann man manches machen. Man kann Minister absetzen und Beamte auf Wartegeld setzen und dafür neue Postenanwärter beschäftigen. Man kann auch Verhaftungen vornehmen, und wir sind sicher, dass die Wahnsinnigen des Hitlerstabs, wenn sie das Heft allein in der Hand hätten, ihre Macht so grausam und brutal wie nur möglich ausüben würden und auch Köpfe rollen liessen. Nicht umsonst heisst es im Volksmund: wer die Macht hat, missbraucht sie.

Ganz anders liegen die Dinge jedoch dort, wo es sich darum handelt, dem deutschen Volk sein Los zu erleichtern. Hier versagt das Können des neuen Kurses. Peinlich genug selbst für die Barone war ja schon ihr erster Schritt auf sozialpolitischem Gebiet: die Notverordnung, die uns Renten- und Unterstützungsabbau in verschärftem Ausmass bescherte. Und in der Frage des Arbeitsdienstes musste die Regierung der Hitlerbarone gleich sehr viel Wasser in den Wein der brausenden Nazi-Illusionen schütten. Mit 55 Millionen lassen sich keine Wunder wirken. Man gibt jetzt zur Not 125000 jungen Leuten für einige Zeit im Freiwilligen Arbeitsdienst neu Arbeit. Und in der Arbeitsbeschaffung? Da fällt den neuen Herren auch nichts Neues ein. Man hört jetzt nur, dass der Reichsarbeitsminister zu dem Muster der Brüning-Regierung greift und in der Reichsregierung den Versuch zu einer kleinen Erweiterung der Arbeitsbeschaffung unternehmen will. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Brüning-Regierung, das nicht zuletzt seine Existenz der Initiative der Gewerkschaften verdankt, scheint doch nicht so schlecht gewesen zu sein.

Das Wunder der Brotvermehrung lässt jedenfalls auf sich warten. Wir fürchten aber, dass die Geduld des Volkes nicht so lange wartet, bis die Regierung der Hitlerbarone das Wirtschafts- und Sozialproblem gelöst hat. Wohl haben die Prominenten der Regierung der Barone bei ihrem Amtsantritt versichert, dass sie mehrere Jahre zu regieren gedenken. Aber das haben frühere Regierungen auch schon geglaubt, und glauben heisst, nichts wissen. Eins ist allerdings auch den Hintermännern der Papenregierung klar: der neue Kurs steht und fällt mit der Frage, ob es ihm gelingt, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Nur das Regierungssystem, so heisst es selbst in der Presse dieser Hintermänner, werde in Zukunft von Bestand sein, das in der Lage sei, den Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben. Aber diese Erkenntnis ist noch nicht die Lösung des Problems, und über den Weg zur Lösung scheint man sich bei den Hintermännern und den Steuermännern des neuen Kurses keineswegs klar zu sein. Allem Anschein nach gibt es mindestens zwei Hauptlösungsprojekte: das eine wird von den Unternehmern und das andere von den Soldaten vertreten.

Die Unternehmer sehen - das ist nichts Neues - den einzigen Ausweg in der Wiederherstellung einer völlig freien Wirtschaft. So heisst es in der schwerindustriellen Presse, man soll endlich dazu übergehen, alle in der Nachkriegszeit der Wirtschaft angelegten Fesseln kurzerhand zu lösen, und dadurch jedem zu gestatten, sich frei zu bewegen und wirtschaftlich zu tun

sen, was ihm beliebt. Solange Arbeitslose noch vorhanden seien, mü-
erständlich das vorhandene Brot mit ihnen geteilt werden. Das ist
bekannte Parole der Leute, die Deutschlands Wirtschaftsaufstieg auf
er eine erschlagung der Gewerkschaften suchen. Sie sagen, Deutsch-
as materiell ärmste Land in Europa, und ein armes Land müsse ein
Land sein. Auf deutsch: die Löhne des deutschen Arbeiters können
auf genug herabgedrückt werden. Mit Kullilöhnen soll die deutsche Wirt-
sonax eder angekurbelt werden. Dabei müssen aber diese Lohndruckevangeli-
sten in ihren Organen, z.B. in der "Bergwerkszeitung" selbst zugeben, dass
die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft "nicht allein von der Produktions-
seite her" erfolgen könne, die Verbraucherseite sei "mindestens ebenso wich-
tig". Wahrscheinlich ist ihnen neuerdings ein kleines Lichtlein aufgegangen,
nachdem selbst Männer wie der Reichsminister a.D. Schlange-Schöningen betonen,
dass der Landwirtschaft nicht mit niedrigen Industriearbeiterlöhnen geholfen
werden könne.

Deutschland soll ein billiges Land sein. Das ist eine Phrase, weil es
eine Selbstverständlichkeit ist. Das Problem beginnt damit, dass man jeden le-
ben lässt: den industriellen Unternehmer, den Landwirt und den Arbeiter. Ei-
ne verelendete Arbeiterschaft ist ein Unsegen für den Bauern und ein Unglück
für den gewerblichen wie industriellen Unternehmer. Für die Gewerkschaften
sind das Binsenwahrheiten. Dass in einer Krise jeder zurückstecken muss, ist
in der Lohn- und Sozialpolitik der Regierung Brüning zur Genüge - auch an
den Gewerkschaften - erprobt worden. Der neue Kurs unterscheidet sich aber
gerade darin von dem Brüning-Kurs, dass nun die ganze Last auf den roleten
abgewälzt werden soll.

Die Soldaten, die in dem neuen Kurs ein Wort - allem Anschein nach ein
gewichtiges - mitzusprechen haben, machen sich offenkundig ihre eigenen Ge-
danken über die Lösung der brennenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen.
So spricht man bereits von einem "Staatsozialismus der Reichswehr". Bei ge-
wissen Mitgliedern der Reichsregierung, so meldet z.B. der dem Deutschen Ge-
werkschaftsbund nahestehende Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst, be-
stehe die Absicht, die grossen Gruppen der Banken, des Bergbaus, der Stahlindu-
strie und der Grossschiffahrt ins Staatseigentum zu überführen. Solche Gedanken-
gänge wurzelten vor allem im Reichswehrministerium und beim Reichswehrminister
selbst.

Die politischen Kalkulationen, die mit diesen Plänen verbunden sind, können
nicht darüber hinweg täuschen, dass im neuen Kurs ein tiefer Zwiespalt besteht,
der die Regierung in der entscheidenden Frage, im Kampf um Arbeit, zur Ohnmacht
verurteilt. Die starken Männer des neuen Kurses werden bald noch stärker die
Macht der Fesseln zu spüren bekommen, und zu diesen Tatsachen gehören auch
die Gewerkschaften. Daher deren Ruhe im Sturm der Ereignisse.

SPD. Präsident Hoover hat die Relief-Bill unterzeichnet, die zur Linde-
rung der Arbeitslosigkeit 2100 Millionen Dollar, etwa 8,4 Milliarden Mark,
nämlich durch direkte Unterstützung der Arbeitslosen 300 Millionen, durch Ueber-
weisung an die finanzielle Wiederaufbau-Korporation 1500 Millionen, durch ein
grosszügiges öffentliches Bauprogramm 322 Millionen usw. vorsieht. Man hofft,
mit diesem Gelde 2 370 000 Menschen während eines Jahres zusätzlich beschäf-
tigen zu können.

Kunst und Wissen

ERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 22. Juli 1932.

Der Hund von der Tankstelle.^x

SPD. Wo die Stadt zu Ende geht und die letzten Häuser schon in der Landschaft stehen, wo man ringsum auf ferne Wälder sieht und die Stadt mit ihrem Lärm und Dunst, mit ihren Strassen und Menschen im Rücken fühlt, lat die Station des Tankwärters. An einer der grossen Chausseen, die quer durch Deutschland laufen, durch Städte und Dörfer, an Feldern, Weinbergen und Gärten vorbei, über Flüsse und Ströme hinweg und mitten durch die Stille grosser Wälder. An dem kleinen Hause der Tankstation hielten die staubbedeckten Autos, um durch dünne Schläuche neue Kraft einzusaugen. Dann stand in dem kleinen Häuschen der Mann vom Tische auf, grüsste, ging zur Pumpe, verband den langen Schlauch mit dem Benzinbehälter des Wagens und beobachtete am Messbehälter, wie das Benzin langsam in den Wagen lief. Er hatte ein ruhiges Gesicht, einen runden, kugeligen Kopf; manchmal musterte eine Frau im Wagen heimlich den breitschultrigen Mann. Garnicht übel, sagte ihr Blick; schade, dass es nur ein Tankwärter ist! Dann fuhren die Autos wieder ab. Der Wächter sah ihnen nach bis sie sich als dunkle Punkte in der Ferne verloren. Er legte auch manchmal die Hand an die Augen und blickte über die Felder, die im grellen Lichte des Sommertages in braunen und grünen Farben leuchteten. Da war es ihm manchmal, als gehöre er schon nicht mehr zur Stadt, sondern zu jenen Feldern, obgleich er zu ihnen in keiner Beziehung stand.

Eines Nachts, als er rauchend am Tische sass, scharrte es an der Tür. Der Wärter sprang auf und öffnete. Verwundert sah er einen Hund vor sich stehen, ein verhungertes Tier, dem die Zunge aus dem Halse hing. Wahrscheinlich war er aus einem Dorfe fortgelaufen und hatte sich lange auf der Landstrasse herumgetrieben, denn er war schrecklich dürr. Es war ein Schäferhund, wie ihn die Bauern in den Dörfern an die Kette legen, keine besondere Rasse, denn der Körper war kurz und gedrungen. Immerhin, dachte der Wärter, das ist Gesellschaft. Er pfiiff zwischen den Zähnen. Der Hund wedelte mit dem Schwanze; seine Augen hingen fragend an den Augen des Mannes, als erwarte er etwas von ihm. Schliesslich fand der Mann noch einen Rest seines Mittagessens. Er schüttete es in eine Schüssel. Im Augenblick hatte der Hund sie leer gefressen.

Das Tier blieb bei dem Wärter und erhielt den Namen Wolf. In der ersten Zeit hatte der Wärter Mühe, den Hund von den Automobilisten zurückzuhalten, denn Wolf vermutete in jedem einen Feind, der gegen seinen neuen Herrn etwas im Schilde führte. Es dauerte aber nicht lange, so gewöhnte er sich diese Unsitte ab, die er von seinen Ahnen geerbt hatte. Er blieb träge in der Sonne liegen und beobachtete mit blinzelnden Augen die Arbeit des Wärters. Um seinem Herrn seine Anhänglichkeit zu beweisen, brachte er ihm eines Tages eine erwürgte Katze. Er legte sie ihm zu Füssen und wartete schweifwedelnd auf eine Anerkennung. Der Wärter betrachtete die tote Katze, ein schönes Tier mit einem gelben, gestreiften Fell. "Was machst du da für Dummheiten, Wolf!" sagte er scheltend und warf die Katze in die Ecke, um ihr später das Fell abzuziehen. Wolf schlich betreten hinaus. Diesen Menschen, dachte er wohl, kann man doch nichts recht machen.

Der Wärter erzählte seiner Braut, die in der Stadt wohnte, von Wolf. "Willst du ihn wirklich behalten?" fragte sie ihn erstaunt. "Natürlich", erwiderte der Wärter, "es ist keine besondere Rasse, aber es macht mir Spass."

ndiges um mich zu haben."

paar Tage darauf - die Dunkelheit war eben hereingebrochen - hörte er draussen ein Auto vorfahren. Schon wurde die Tür aufgerissen. Er stand vor dem Wärter, und ehe er es sich versah, blickte er in die runde Öffnung eines Revolvers. "Los, die Kasse raus, aber ein bisschen schnell!" sagte der eine der Männer und machte Miene, auf den Tisch zu schlagen. "Soll ich mir von diesen Strolchen einfach alles wegnehmen lassen?" überlegte der Wärter blitzschnell. Aber er hatte seinen eigenen Revolver im Tasch liegen, und jeder Widerstand erschien aussichtslos. Plötzlich hörte er von draussen das aufgeregte Gebell des Hundes. Im nächsten Augenblick flog Wolf zur Tür herein, riss einen Mann um und sprang dem andern an die Brust. Ein Schuss krachte in die Decke. Diese paar Sekunden genügten. Der Wärter riss seinen Revolver heraus. Die Männer fluchten, sprangen hinaus und fuhren mit dem Auto davon. Wolf sprang bellend hinterher. Als er zurückkam, blutete er aus der linken Seite. Einer der Strolche musste auf ihn geschossen haben. Der Wärter pflegte den Hund, als wenn es sein Kind wäre. Eines Tages kam die Braut des Wärters, ihn zu besuchen. Sie sah Wolf und sagte: "Schenk' ihn mir! Bei uns in der Stadt hat er es doch auch viel besser". - "Ich kann mich nur schwer von ihm trennen", erwiderte der Wärter, "wirklich, du musst es verstehen, wie ich jetzt an ihm hänge." Aber wie sie nicht aufhören wollte mit Bitten, gab er schliesslich nach.

Wolf musste also in die Stadt. Den ganzen Tag lief der Wärter herum, als könnte er sich nie an den Verlust des Hundes gewöhnen. Es war auf einmal so leer um ihn. Als es Abend wurde, blickte er über die Felder. Dann drehte er sich um und sah nach der Stadt. Die Rauchfahnen an den Schornsteinen waren abgerissen; die Sonne stand im Westen; es war jetzt in der Stadt Feierabend. Plötzlich sah er hinten auf der Strasse einen schwarzen Punkt. Er kam immer näher und näher; endlich war es Wolf, der bellend an ihm hochsprang. Er war zurückgekehrt. Von da an blieb er draussen. Den ganzen Winter über lag er neben dem eisernen Ofen und liess die Wärme über sein Fell rieseln oder jagte in grossen Sprüngen über die verschneiten Felder, Schwärme von Krähen aufscheuchend. Die meisten Chauffeure kannten ihn nun schon und riefen ihn beim Namen. Dann kam er schnuppernd heran und liess sich über das Fell streichen. Er bekam von ihnen Wurstreste, Brot und Schokolade, die er mit besonderer Vorliebe fraß.

Das Frühjahr kam im nächsten Jahre zeitig. Als der Wärter eines Morgens zum Dienste kam, war Wolf verschwunden. Auch der Kollege von der Nachtschicht hatte ihn nicht gesehen. Der Wärter wartete von Tag zu Tag, fragte alle Leute nach Wolf, sah über die Felder, als könnte der Verschwundene jeden Augenblick bellend angesprungen kommen. Aber nichts dergleichen geschah. Die Kirschbäume auf der Chaussee begannen zu blühen; die Kirschen wurden reif und gepflückt; ihre roten Blätter begannen an stillen Tagen langsam zur Erde zu sinken; Wolf kam nicht wieder. "Wer weiss, wo der hingelaufen ist; Hunde haben manchmal ihren Kopf für sich", sagte ein Chauffeur, der jeden zweiten Tag tankte.

Die Felder wurden kahl, und ein grauer Himmel stand über ihnen. Eines Tages, als es nach Schnee aussah, brachte derselbe Chauffeur auf seinem Lastwagen etwas Braunes mit. "Da", sagte er schrecklich verlegen, "bring' ich ihr Etwas mit. Er lebt noch". Der Wärter empfing einen Stich im Herzen. Er kletterte auf den Wagen. "Wolf", rief er und pfiff zwischen den Zähnen. Wolf lag in der Ecke des Wagens auf einer Decke. Als er seinen Herrn erkannte, versuchte er, den Kopf zu heben, aber er war schon zu schwach. Der Chauffeur hatte ihn mitten auf der Landstrasse gefunden. Er war von einem Auto überfahren worden.

Kaliban.

Der Hitlerprofessor. ^x

Es gibt nichts auf der Welt, wofür sich nicht ein Professor einsetzt. Als die notwendigsten Lebensmittel knapp und knapper wurden, bis sie überhaupt von der Bildfläche verschwanden, als ein Achtel Fett in den jährlichen Rationen verteilt wurde, Milch überhaupt nicht mehr zu haben und ein Ei zu den grossen Seltenheiten gehörte, die man erst einmal anstautete, bis man schliesslich wagte, sie unter die mehrköpfige Familie zu verteilen, da bewiesen gelehrte Professoren, dass Dörrgemüse, Rübenmarmelade und Trockenmilch äusserst gesund seien. Spaltenlange Artikel füllten die Zeitungen, die dem Volke zu beweisen hatten, dass die Friedensnahrung in Wirklichkeit den Magen keineswegs zuträglich gewesen sei, und dass man sich freuen müsse, jetzt endlich eine gesunde und zuträgliche Kost entdeckt zu haben. Den Gipfel der Weisheit erklimmte schliesslich ein Herr Professor, als auch das Dörrgemüse knapp wurde und der Brotaufstrich nur noch in einem dünnen, bräunlichen Hauch eines undefinierbaren Gemisches bestand: Er gab nämlich den Rat, junge Mehlwürmer als Brotaufstrich zu verwenden. Die hübschen Tierchen seien ausserordentlich schmackhaft und gesund, und nur durch ein beklagenswertes Vorurteil habe das deutsche Volk bisher von dieser herrlichen Nahrung keinen Gebrauch gemacht.

Wer diese schönen Zeiten miterlebt hat, der wird sich nicht wundern, dass sich jetzt ein deutscher Professor mit der gleichen Begeisterung für Adolf Hitler einsetzt und ihn dem deutschen Volke schmackhaft zu machen versucht, wie vor 15 Jahren sein Kollege die netten, kleinen Mehlwürmer. "Hitler ist nicht nur ein grosser Redner. Er ist viel, viel mehr. Wer sich in sein Buch "Mein Kampf" vertieft, der erkennt und bewundert in ihm den grossen und tiefen Denker und den glänzenden Schriftsteller. Wer sein öffentliches Wirken, das Wachsen seiner Bewegung verfolgt und seinen heute für alle Augen zu Tage liegenden Erfolg bewertet, der erkennt in ihm den grossen Organisator, Tatmensch und Staatsmann, der rechnet mit ihm als dem Führer des deutschen Volkes." - So ist's wörtlich zu lesen in dem "Werk" eines deutschen Hochschullehrers, nämlich "Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit" von Universitätsprofessor Joh. Stark.

Dass der Herr Professor den grossen Adolf, der in jeder Rede mit starkem Stimmumfang die gleichen Phrasen in der gleichen schwülstigen Art wiederholt als "grossen Redner" empfindet, wirft schon kein freundliches Licht auf das kritische Vermögen und den guten Geschmack dieses seltsamen "Akademikers". Auch dass er den skrupellosen Propagandafeldzug der Nazis, die wahllos jedem das versprechen, was er gern haben möchte, und dadurch Erfolge erzielen, auf das Konto eines "Staatsmannes" setzt, lässt auf eine recht bedenkliche Begriffsverwirrung schliessen, denn Demagogie schlimmster Art und staatsmännische Begabung sind doch sehr wesentlich voneinander verschieden. Aber man muss dem hitlerbegeisterten Professor manches zugute halten, wie ja auch die famose Mehlwürmtheorie seines Kollegen damals mit einer Portion derben Humors vom Volke aufgenommen wurde.

Dass der Herr Professor jedoch allen Ernstes Hitler einen "grossen und tiefen Denker und glänzenden Schriftsteller" nennt, muss jeden, der Hitlers Buch unvoreingenommen gelesen hat, an dem Verstand und der geistigen Reife dieses Hochschullehrers in bedenklichem Masse zweifeln lassen und darf keinesfalls unwidersprochen bleiben. Wir wollen aus dem Wust des Hitlerschen Machwerks nur wenige Kostproben herausgreifen, damit unsere Leser sich selbst ihr Urteil bilden können: "Die harte Faust des Schicksals, die mir das Auge öffnete". - "Neben (!) der kommenden Erhebung fühlte ich die Göttin der Rache schreiten." - "Innerhalb langer Zeitläufte kann es vorkommen, dass sich der Politiker mit dem Programmierer vermählt." (Sollte Herr Hitler dabei an seinen Freund Röhm gedacht haben? Das wäre eine Entschuldigung!) "Immer mehr

himmlischen Götter in die Ecke gestellt." - "Ihre in das Auge stehende Erscheinung". - "So konnte um die Jahrhundertwende der gewöhnliche Mensch (!) keine besondere Bewunderung mehr finden für die an der Uniform reitende Prinzessin." - "Die Göttin der Not schloss mich in ihren (!) Arme."

Änderten lassen sich diese Beispiele von völliger Unkenntnis der deutschen Sprache, von grenzenloser geistiger Unreife und Begriffsverwirrung anderer Art anführen. Auf jeder Seite offenbart sich die völlige Unlogik des "grossen und tiefen Denkers". Was ihm an Wissen und Verstand mangelt, das ersetzt er durch spaltenlange Schimpfkanonaden. Wer sich näher über den geistvollen Inhalt des Hitlerschen Buches unterrichten will, der greife zu dem kleinen Heftchen "Das Selbstporträt Adolf Hitlers. Deutschland erwache! Deutschland lache!" (Dietz Verlag, Berlin. 15 Pfennige.) Den Herrn Professor aber fragen wir: Würden Sie auch einem Ihrer Studenten das Zeugnis des "grossen und tiefen Denkers und glänzenden Schriftstellers" geben, wenn er in einer Examensarbeit solchen Blödsinn verzapfte und die deutsche Sprache in dieser Weise missbrauchte? Haben Sie, Herr Universitätsprofessor, Hitlers "Werk" überhaupt gelesen, oder hat Ihnen vielleicht das Hakenkreuz auf dem Einbände so viel Begeisterung eingeflösst, dass Sie eine Lektüre dieses einzigartigen Buches für überflüssig hielten? Wir wollen es annehmen. Aber holen Sie es jetzt schnell nach, damit, wie Ihr Nationalheros so unübertrefflich und geistreich sagt, "die harte Faust des Schicksals" auch Ihnen hochverehrter Herr Universitätsprofessor, recht bald, und zwar noch vor den Reichstagswahlen "das Auge öffne".

M.

Dritter Klasse übers Mittelmeer.^x

SPD. Auf meinem Spaziergange durch die Hafenviertel von Genua war ich weit ausserhalb des eigentlichen Stadtbereiches geraten. Vom hoch oben am Berge gelegenen Bahnhof durch die schmalen Gassen zum Meere herabsteigend hatte ich mich zu weit nach Osten verirrt und stand nun plötzlich am Abhange vor dem verfallenen Gemäuer der alten Stadtbefestigung. Ein paar hundert Meter tiefer führte die breite Landstrasse nach der Riviera vorbei, auf der die Autos dahinjagten. Dahinter lag das Meer, in der Dämmerung schwarz glänzend wie Tinte. Die Schiffe hatten schon ihre Laternen aufgesetzt, und der auf einer weit hinausragenden Mole stehende Leuchtturm schickte seine regelmässigen Blitze in das graue Zwielflicht zwischen Nacht und letztem Sonnenglanz des klaren Himmels. Einen besseren Aussichtsplatz als diesen unvorhergesehenen konnte es garnicht geben; man sieht die erleuchteten Strassenbahnen durch die Labyrinth der hohen Genueser Häuser fahren, und plötzlich verschwinden sie in einem der Tunnels, die mitten in der Stadt durch den Berg gelegt sind. Das Arbeiter- und Hafenviertel in der Tiefe liegt in spärlichem Lichte; nur einige Fabriken und die zur Ausfahrt gerüsteten Dampfer glänzen vom Schine der nächtlichen Arbeit. Im Zentrum der Stadt glühen die Lichtreklamen der Vergnügungspaläste und Geschäftshäuser, während darüber, in den Strassen der Wohlhabenden, idyllische Ruhe und Dunkelheit ist, nur selten unterbrochen von der seriösen Leuchtschrift eines vornehmen Hotels. Nirgends kann man diese Schichtung so klar beobachten wie hier, wo die ganze Stadt wie ein Musterstück in sanftem Bogen übereinandergeschachtelt ist.

* Die dreisten Fledermäuse treiben mich fort aus meinen Betrachtungen, und langsam steige ich durch das Geröll hinunter nach den letzten Häusern der Hafendarbeiter und Fischer. In der meist einzigen, nach der Strasse zu offenen Stube sitzt die zahlreiche Familie vor den beiden breiten Betten und isst ihr

Abendbrot: Fisch mit Weissbrot oder Makkaroni in irgendwelcher Osterias verköstigen sich die ledigen Männer, ihr Egen reichlich dem Rotwein mischend. Einige wanken schon bedenklich. Die faschistischen an den Eingängen zum Hafen schaut ihnen bedrohlich nach.

In der Uhr sollte das Schiff abgehen, das mich nach Neapel bringen würde. Im Schwarzhemd und glänzenden Stahlhelm kontrolliert meine Karte. Ich gehe in das neue, moderne Kaigebäude der Compagnia Italiano Trans-, kurz "Citra" genannt, eintreten. "Giuseppe Mazzini" heisst der Wohlan, unter dem Namen dieses stolzen italienischen Freiheitskämpfers will ich losfahren. Aber der kombinierte Passagier- und Frachtkahn hat es garnicht so eilig. Vorläufig sind die Ladeluken noch offen. Die Arbeiter dirigieren den Kran mit viel Geschrei in die richtige Richtung, und die nervös gewordenen Expedienten warten mit langen Listen, bis ihre Ware gut verstaute ist. Ich selbst irre auf Deck herum und suche nach einem Raume der dritten Klasse, auf die meine billige Fahrkarte lautet. Der Steward am Eingange hatte mich mit den Worten "Terza Classa" nur nach dem Vorderdecke gewiesen. Aber dort waren nur Mannschaftsräume und offene Ladeplätze. Die Matrosen sprechen nur italienisch, wovon ich kaum ein paar Brocken verstehe. So habe ich mich schon mehrmals aus der zweiten Klasse hinauswerfen lassen und dabei immer nur achselzuckend meine Fahrkarte gezeigt, in der Hoffnung, sie würden mir den Weg in die niedrigste soziale Stufe der Passagiere zeigen. Doch ich wurde lediglich an die freie Luft gesetzt und konnte dabei gerade noch die Abfahrt aus dem blinkenden Hafen beobachten.

Langsam aber werde ich misstrauisch. Man hat mir doch Betten versprochen. Ist das alles gelogen, und soll ich auf dem zwar reizvollen, aber doch harten und kalten Deck übernachten? Endlich, nachdem alles andere schon zur Ruhe gegangen ist, finde ich vor den Kabinen der Trimmer und Heizer ein Schild "Männer abteil dritter Klasse", das auf eine Treppe weist, die provisorisch mit Strick zusammengebunden ist und in den Laderaum hinunterführt. Und richtig: zwischen Kisten und Säcken sind hier zwei Räume abgeteilt, in denen eiserne Feldbetten stehen, die mit dünnen Strohsäcken gefüllt sind. Wenn sich kein Ungeziefer einstellt, ist alles gut. Mit mir teilen ein paar andere junge Männer den Raum, die ich vorher noch garnicht gesehen habe. Sehr vertrauenerweckend sehen sie nicht aus. Bei ihrem Gepäck liegen Tropenhelme und andere Afrika-Requisite Pioniere des faschistischen Imperialismus. Ein leises "Buona sera" ("Gute Nacht"); dann lege ich mich angezogen auf die Pritsche. Die Ankerwinde, die sich direkt über unsern Köpfen befinden muss, weckt mich nochmals aus dem Halbschlaf. Dann aber ist Ruhe und bleierne Schwüle.

Am nächsten Morgen sind wir in Livorno. Es wird wieder Fracht eingenommen und deshalb ist unser Eingang versperrt. Wer hinauf will, muss unter Lebensgefahr an einer senkrechten Leiter emporklettern. Mich treibt der Hunger. Gestern Abend habe ich schon nichts gegessen, da man mich nicht in den Speisesaal gelassen hat. Auch jetzt ist das aussichtslos. So schlüpfte ich in die Kombüse des Mannschaftskoches, die ich mittlerweile ausfindig gemacht habe, und demonstriere vor ihm die Gebärde des Essens. Der zahnlose, schwarzbehaarte Kerl lässt eine Flut von Worten los und deutet schliesslich nach hinten.

Auf dem Achterdeck kommt endlich die Erlösung. Die dort promenierende, unheimlich dicke Schiffszärztin im weissen Kittel spricht mich deutsch an. Ich erkläre ihr meine irdischen Gelüste, und sie antwortet lachend: "Da müssen Sie sich erst hier in der Vorratskammer ein Geschirr holen, und dann bekommen Sie in der Mannschaftsküche das Essen."

Grimmend komme ich mit einer riesigen Blechschüssel, einem Becher und dem primitiven Besteck zurück. Die Matrosen empfangen mich schon mit Hallo, und an ihrem gemeinsamen Tische schmecken mir selbst die dickste Bohnensuppe und die alltäglichen Makkaroni. Wein und Käse geben sie mir gern gegen ein paar Zigaretten, und so bin ich so weit wieder mit meinem Schicksal ausgesöhnt.

Wochen wird das Schiff noch unterwegs sein: durchs Rote Meer rika und wieder zurück. Es hat Autos, Maschinen und sehr viel ita- Wein an Bord, aber nur wenige Passagiere. Auch in Afrika ist der weissen Kolonisten gedeckt. Die Matrosen sind traurig, dass sie ange nicht nach Hause kommen. Als wir aber am nächsten Tage nach fahren, stehen alle, die frei haben, an der Reeling und bewundern ihre schönste Stadt. Als kritischer Nordländer sehe ich zuerst die xtilfabriken, die Torpedoboote und das Kriegsflugzeug.

Karl Moeller.

Knapp vor Feierabend. X

SPD. Sohräg brachen die Strahlen der erst am Nachmittag zum Vorschein gekommenen Sonne von der Landseite her durch die kleinen, viereckigen Fenster des Kaischuppens. Sie gestalteten das Schuppenbild heller und freundlicher, liessen aber auch zugleich den feinen Staub sichtbar werden, der in unzähligen flimmernden Körnchen aufwirbelte, wenn die Elektrokarren mit beladenen Anhängern über die Bohlen und eisenbeschlagenen Fahrbahnen rollten. Nur langsam lagerte sich der Staub und überzog den frischen Menniganstrich der eben entladene Eisenkonstruktionsteile, die sich neben schweren Maschinenkisten und hochgestapelten Lumpenballen spreizten, allmählich mit einem graue Schleier.

Es ging hart auf Feierabend, und die Schuppenarbeiter, die mit Hilfe der Drehlaufkräne noch ein paar unhandliche Kolli für das ladende Schiff auf die Hunde setzten, freuten sich über das sonnige Wochenende, das sie bald im Krei ihrer Familie oder guter Freunde verleben wollten.

Ihre Vorfrende wurde jäh gestört, als plötzlich vier bis fünf wuchtige Schläge gegen die eiserne Sanitätsalarmtafel schrill durch den Schuppen hallten. Ein ernster Unfall - - - ? Unruhe beschlich die erschreckt aufhorchenden Arbeiter.

Da liefen auch schon die Sanitäter mit dem Krankenkorb nach der Wasserseite. Auf dem Schiffe war jemand zu Schaden gekommen.

Schnell drehte der Kran den Korb in den Schacht. Nach wenigen bangen Augenblicken förderte er einen verunglückten Schauer mann zu Tage.

Die Sanitäter landeten den Korb behutsam auf dem Deck und betteten den innerlich Verletzten, den ein hochschnellendes Bohlenstück beim Landen der letzten Kiste am Kopfe getroffen hatte, noch etwas sorgsamer, bevor der Kran ihn an Land brachte.

Bleich, mit hilfesusuchendem Blicke, mit den Händen immer wieder verzweife nach dem Kopfe greifend, lag der Schauer mann in dem Korbe. Vorsichtig trug man den leise Wimmernden in den Schuppen. Auf das Läuten der Glocke, das den Arbeitsschluss anzeigte, und das sonst eine gewisse Eile und Fröhlichkeit auslöste, achtete kaum jemand. Nur zögernd und in bedrückter Stimmung verlies sende Arbeiter den Schuppen.

Der benachrichtigte Arzt des ladenden Passagierdampfers, der bereitwillig kam und mit geübtem Blicke den bedenklichen Zustand des Verunglückten erkannt gab ihm ohne langes Besinnen eine Morphiumspritze. Dann liess er ihn in das Krankenauto schaffen, das inzwischen am Schuppeneingang vorgefahren war. - -

Irgendwo in einer kleinen Mietwohnung der Stadt aber wartete an diesem Abend eine Frau mit ihren Kindern und horchte vergeblich auf den wohlbekannte Schritt ihres Mannes.

Ernst Riediger.

Tintenfische.^x

Neapel. Hafenviertel. Markt. Ich sehe zwei dicke Leute an einem Stand beobachtend stehen. Mit Kennerblick stelle ich fest: Sachsen. Ich gehe darauf zu, postiere mich in der Nähe, lausche:

"Was das da?"

"Sind das Fische sein."

"Deiwl. Die sähn ja so glidschj aus."

"Werde mal, jädzd weess'ch, was das für Viehzeuch is. Das sind geine Fische."

"Sind das wohl nachher falsche Fische?"

"Du mussd mich ausreden lassn. Das sind Dindnfische."

"Schwimm die immerzu in Dinde rum?"

"Aejja. Die broduzieren Dinde."

"Schwarze Dinde?"

"Nu nadierlich."

"Das is absolud nich nadierlich. Warum missn die denn schwarze Dinde fabrizieren? Es gibd doch auch blaue Dinde."

"Nein, die broduzieren schwarze Dinde."

"Wieviel mach wohl so ä Fisch gosdn?"

Der Sachse wendet sich an den Verkäufer: "Gwanda gosda?" Und deutet dabei auf den Fisch.

"Tre Lire", ist die Antwort.

"Drei Lire! Der is wohl verriggd. Für drei Lire, da gann ich mir ja ä halben Liddr richdche Gobierdinde gaufen. Drei Lire für so ä lumbjn Fisch. Der will uns wohl reinlejn! Der dengd, mid uns gannr Schindludr dreibn." Ent-rüstet schiebt das Ehepaar ab. Ich höre noch, wie er wütend sagt: "Wahrscheinlich had uns der für Amerigganer gehaldn..."

Kurt Miethke.

SPD. Der kunstsinnige Baron.^x Heinrich Laube war in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Direktor des Wiener Stadttheaters. Wie bekannt, war er sehr grob und rücksichtslos, aber nicht nur nach unten, sondern auch nach oben. Viel Aerger bereitete ihm der Vorsitzende des Direktionsrates, Baron von Schey, der die Vormittagsproben zu stören pflegte. Einmal ging der Baron mitten in einer wichtigen Probe mit knarrenden Stiefeln hinter dem Prospekt (Bühnenhintergrund) über die Bühne. Laube, dadurch empfindlich gestört, sprang auf und brüllte: "Welches Trampeltier läuft demdahinten herum?" Da erschien der Herr Vorsitzende in der matten Probenbeleuchtung. "Ach, Sie sind's wieder mal, Baron!" rief Laube und - probte ruhig weiter.

SPD. Die armen Monarchen.^x Ludwig XV. von Frankreich, ein würdiges Vorbild unserer Hohenzollern, weigerte sich einst, seinem Kammerdiener Lebel aus seiner Privatschatulle 25 000 Franken zu vergüten, die Lebel für den Hirschpark des Königs ausgelegt hatte. Er verwies Lebel mit seiner Forderung an die königliche Rechnungskammer. Doch der Diener erwiderte: "Warum soll ich mich dort Scherereien und womöglich einer Abweisung aussetzen, wo Eure Majestät doch über mehrere Millionen verfügen?"

"Ich möchte mich nicht gern ausgeben," antwortete der König. "Man muss doch auch etwas zum Leben haben."
